

Rechten in der Dorfmark gewesen sei. Den aus den Kreisen der Unfreien stammenden Ministerialen muß ja notwendigerweise das *praedium libertatis* gefehlt haben, und ob die ihnen von ihren Herren lehnswise verliehenen Güter stets den Charakter von Rittergütern im obigen Sinne hatten, wird schwer festzustellen sein.

So könnte ich noch auf manches hinweisen, was mir in E.s Buch der Erörterung wert scheint. Nicht immer vermochte die Kritik der vorgeschlagenen Lösung zu folgen, es mußten Bedenken geäußert, manches zurückgewiesen werden. Bei allen Vorzügen der E.schen Leistung scheint sie mir doch zu übersehen, daß das Problem der Entstehung des niedern Adels, selbst wenn es nur für ein Teilgebiet in Angriff genommen wird, wesentlich komplizierter ist, als Verf. zu meinen scheint. Hätte er sich mit dem Nachweis der Existenz der Mittelfr. und ihrer besonderen Rechtslage (Abgrenzung gegen die andern freien Stände, Ursprung, Grundbesitz) begnügt, so hätte er im wesentlichen unsere Zustimmung gefunden. Indem er aber darüber hinaus, wohl im Bestreben, die Resultate seiner früheren Arbeit zu sichern, vor allen Dingen die „Entstehung des niedern Adels“ in den Kreis seiner Erörterung zog, blieb ihm der volle Erfolg versagt. Das schmälert indes das große Verdienst der E.schen Arbeit in keiner Weise: wichtige Förderung hat auch so die schwäbische Sozial- und Verfassungsgeschichte durch ihn empfangen, und reiche Anregung geht von seinem frisch geschriebenen Buch aus. Wir hoffen, ihn noch recht oft auf diesem ihm so vertrauten Gebiete anzutreffen.

Leipzig.

Heinrich Glitsch.

Fritz Rörig, *Luft macht eigen*. Eine verfassungsgeschichtliche Studie, Sonderabdruck aus der Festgabe für Gerhard Seeliger. Leipzig, Dieterich 1920. 27 S. 8°.

Der Satz „Luft macht eigen“ ist im Grunde nichts anderes als die Wiedergabe der schon von Beaumanoir für das 13. Jahrhundert aufgestellten Regel, daß der Zuwandernde Freie „sers“ des Herrn wird, unter den er sich begibt.

Es fragt sich nur, ob dieser Grundsatz auch für Deutschland derartig allgemein Geltung erlangte wie für Frankreich. Der Verfasser zeigt, wie ausnahmsweise schon im 11., häufiger aber seit dem 12. Jahrhundert herrschaftlich organisierte örtliche Gerichtsbezirke sich herausbilden, welche die gesamte eingesessene Bevölkerung einer geschlossenen herrschaftlichen Gewalt unterwerfen (S. 66).

Die Vorbilder dieser Entwicklung reichen, was schon Seeliger treffend hervorhebt, in die fränkische Zeit hinauf. Wie im *Capitulaire de villis* die *liberi homines*, welche in einem Fiskalbezirk wohnen, der Gewalt des *judex* unterstellt werden, so wiederholt sich die Schaffung von Herrschaftsbezirken über alle Einwohner (*potestates*, *potés*, *banni*) auch in anderen fränkischen und frühmittelalterlichen Urkunden (S. 53, 54). Besonders deutlich tritt diese Anziehungskraft bei den geistlichen Grund-

herrschaften zutage. Der Beispielsfall, wonach das Kloster Romainmoutier und der Bischof von Basel bereits im 12. Jahrhundert eine Abmachung treffen, daß die servi der Basler Kirche in dem Erzbistum Besançon dem Kloster zufallen und die klösterlichen servi im Basler Bistum der Basler Kirche (S. 60), ist für diese Zeit und auch noch für das 13. Jahrhundert als Ausnahme zu betrachten. Hier hätte doch auch auf die Tatsache eingegangen werden müssen, daß wie noch im 13. Jahrhundert im burgundischen Rechtsgebiete der Schweiz auch anderswo nicht immer geschlossene Herrschaftsbezirke sich bildeten, sondern häufig mehrere Grundherren nebeneinander berechtigt waren. Die These Rörigs von der Herausbildung einer „Lokalleibeigenschaft“ verträgt sich in ihrer allgemeinen Fassung auch nicht damit, daß im 12. und 13. Jahrhundert namentlich im Bereiche des Kölnisch-Freiburgischen Stadtrechtes, der sich ja bis weit in die Westschweiz und nach Hochsavoyen hinauf erstreckte, der persönliche Charakter der Leibeigenschaft aufrechterhalten blieb. War ein Leibeigner in das Gebiet einer Stadt ausgewandert, so verblieb er mindestens Jahr und Tag lang — siehe Fribourg und Moudon — unter der Gewalt seines Herrn. Wenn der Grundherr den Leibeigenen innerhalb dieser Frist eingefordert hatte, so sollte derselbe trotz dem Aufenthalt in der Stadt sein Leibeigener bleiben. Hier ist also das persönliche Abhängigkeitsverhältnis des Leibeigenen zum Herrn stärker gewesen als die Veränderung der lokalen Gebundenheit.

Eine ähnliche Entwicklung scheinen die St. Galler Rechtsquellen widerzuspiegeln, denn hier sind, wie Rörig selbst zugibt (S. 72), die im Herrschaftsgebiete des Abtes ansässigen fremden Eigenleute im 15. Jahrhundert noch ausdrücklich in dieser ihrer Eigenschaft als fremde Eigenleute anerkannt worden. Nur eine Vogteiabgabe zum Zeichen ihrer Unterordnung unter die Gerichtsgewalt des Abtes war von ihnen zu zahlen. Es ist hier also nicht zu derart geschlossenen Herrschaftsbezirken gekommen wie schon im 12. Jahrhundert für Romainmoutier und Basel (S. 60). Erst im 16. Jahrhundert sehen wir in St. Gallen unter der kraftvollen Persönlichkeit des Abtes Ulrich eine Konsolidierung der grundherrlichen Rechte des Klosters sich anbahnen. Ähnliche Wege ging die Geschichte der Leibeigenen und Vogteileute im Gebiete des Bistums Augsburg. Die Leibeigenen weltlicher oder klösterlicher Grundherrschaften blieben diesen untertan, wenn sie in das Gebiet der bischöflichen Vogteileute auswandern durften. Erst durch die „Zugsverträge“ wurde hier zwischen den Bischöfen und einzelnen Grundherrschaften allmählich Wandel geschafft.

Große Vorsicht ist ferner bei der Auslegung von Besthauptverpflichtungen geboten. Das mortuarium oder die mainmorte wurde nicht überall zu einer persönlichen Freiheitsbeschränkung, wie die herrschende Lehre und mit ihr der Verfasser annehmen. Die Vogteileute des Bischofs von Augsburg bezahlten das Besthaupt, wurden hierdurch aber noch lange nicht zu Leibeigenen. Ähnlich war die Entwicklung in der Waadt, aber auch im Breisgau (vgl. die auf S. 69 und

70 vom Verfasser angegebenen, die Freien des Klosters St. Peter bei Freiburg betreffenden Nachrichten). Es braucht sich hier keineswegs um Ausnahmen zu handeln, welche einer späteren Entwicklung angehören, wie Rörig S. 66, 69 und 70 annimmt.

Nachdem der Verfasser seine These an verschiedenen Beispielen beleuchtet hat, gelangt er schließlich selbst, offenbar unter dem Eindruck der zahlreichen Ausnahmen (S. 66, 69, 70 und 74), zu einer wichtigen Einschränkung des an die Spitze gestellten Satzes dahingehend: Luft macht oft unfrei. Mit diesem Wörtchen „oft“, dem ich zustimmen kann, wird aber der sehr relative Charakter des Prinzips „Luft macht eigen“ vom Verfasser selbst zugegeben.

Hamburg.

Karl Haff.

Adolf Waas, Vogtei und Bede in der deutschen Kaiserzeit.

Erster Teil. Arbeiten zur deutschen Rechts- und Verfassungsgeschichte. Mit Unterstützung der Freiherrlich von Grempschens Stiftung in Tübingen hsg. von Johannes Haller, Philipp Heck, Arthur B. Schmidt. I. Heft. Berlin, Weidmannsche Buchhandlung 1919. XVI und 173 S. 8°.

I. Andreas Heusler hat in seinen Institutionen des deutschen Privatrechts die Ansicht begründet, daß die Vogtei zum Gesamtbegriff der Munt gehöre. Indem er die Munt als einen das ganze deutsche mittelalterliche Recht auch außerhalb des Rechts der Familie beherrschenden Grundgedanken erkennt, fügt er die Vogtei diesem Systeme ein. Damit war für das Problem der Vogtei ein gewaltiger wissenschaftlicher Fortschritt erreicht. Aber er wurde nicht als solcher erkannt. Die Schuld lag einmal daran, daß Heuslers Erkenntnis noch des sorgfältigen quellenmäßigen Beweises bedurfte. Weiter aber war das Augenmerk der zahlreichen Forscher, die sich seitdem mit der Vogtei beschäftigten, weniger auf die Frage nach der Rechtsnatur der Vogtei gerichtet, als auf die Untersuchung der Einzelbefugnisse des Vogtes, insbesondere seiner Gerichtsbarkeit. So kam es, daß die meisten Forscher an der älteren Auffassung festhielten. Danach erscheint der Vogt auch des deutschen Mittelalters als Beamter der Kirche, dessen sie zur Ausübung der Immunitätsgerichtsbarkeit über ihre Hintersassen bedurfte, der aber sich zum erblichen Herrn der Kirche zu machen sucht. In dem Kampfe zwischen Vogt und Kirche ist sonach alles Recht auf seiten der Kirche; sie verteidigt ihr altes Recht gegen den ungetreuen Beamten, den sie in seine Schranken zurückzuweisen sucht.

Freilich blieb Heusler mit seiner neuen Auffassung nicht völlig allein. Schon vor ihm hatte Lamprecht Ähnliches geäußert, und mancher Spätere nahm seine Anschauung an. Aber die Brücke zum richtigen Verständnis der Vogtei wurde doch erst geschlagen mit der bahnbrechenden Entdeckung des germanischen Eigenkirchenrechts durch